

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/55. Jahrgang

April 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

CDU lügt

Die **Lüge** ist eine Aussage, die durch drei Eigenschaften gekennzeichnet ist: (1) Sie widerspricht den Tatsachen, (2) sie steht in einem beabsichtigten Widerspruch zur Überzeugung des Sprechers, (3) sie bewirkt gezielt falsche Vorstellungen beim Hörer. (www.spektrum.de)

Nach der Demonstration zur Erinnerung an die Opfer des Anschlags in Hanau behauptete die CDU, die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG) stelle das Existenzrecht Israels infrage. Weder hat jemand von der CDU mit ARAG gesprochen, noch legte die Partei auf der StVV einen Beweis vor. Also lügt die CDU.

Dennoch stellte sie den Antrag, dass ARAG keinen Raum der „Kulturgenossenschaft raumstation3539“ mehr zu Verfügung gestellt werden solle. Die Koalition aus Grünen, SPD und Gießener Linke hat sich mit der CDU und dem Rest des Hauses auf einen Prüfantrag geeinigt. Enthaltungen: Die Partei und Gigg/Volt; eine Gegenstimme: DKP.

Dazu unsere Stellungnahme: Berechtigte Kritik an der Regierung in Israel und der praktizierten Siedlungspolitik hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Im Grundgesetz stehen der Schutz der Meinungsfreiheit, die Unschuldsvermutung und der Grundsatz, dass es ohne Gesetz keine Strafe geben darf.

Die Kulturgenossenschaft Raumstation weigerte sich, ARAG ohne Beweise von der Vermietung auszuschließen. Oberbürgermeister

Fortsetzung auf S. 2



Heraus zu den Ostermärschen!
KRIEGE STOPPEN
BEVOR ES ZU SPÄT IST.
unsere-zeit.de | dkp.de **DKP**

Kall, mei Drobbe – Kurz und Gießen:

Heizung und Brot für die
armen Parteien? / Hinweis-
gebermeldestellengesetz S. 3

**Gießener Mietspiegel
und Stadtbusse** S. 4

**Rente / Vorsicht, der
Russe hört mit** S. 5

**Oxfam-Bericht zu Un-
gleichheit von Reichtum** S. 6

**Hungern trotz Arbeit /
Nie wieder Krieg** S. 7

1. Mai – ein Kampftag so wichtig wie nie

Mal wieder erster Mai, werden viele denken. Aber in den letzten Jahren steht der „Kampftag der Arbeiterklasse“ unter anderen Vorzeichen. Nicht Bratwurst grillen und Familienfest, sondern Klassenkampf ist angesagt. Inflation, Mietenwahnsinn, massive Lohnverluste, Klassenkampf von oben, die Angst vor der Ausweitung der Kriege in der Ukraine und in Gaza bestimmen das Bewusstsein vieler

Menschen. Die Streikwelle in ganz Europa zeigt, die Geduld der lohnabhängigen Menschen ist zu Ende. Streiks im Öffentlichen Dienst, an den Flughäfen, bei der Bahn und bei der Lufthansa machen dies deutlich. 2024 wird ein kämpferisches Jahr.

Dieses Jahr laufen für knapp zwölf Millionen Beschäftigte die vereinbarten Vergütungstarifverträge aus. Die Streiks der Lokführer rufen

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! **DKP**

Fortsetzung von Seite 1: **CDU lügt**

Becher hat zur erfolgten Prüfung erklärt, es gebe aktuell keine rechtliche Möglichkeit, einzelne Gruppen generell von der Vermietung von städtischen Räumen auszuschließen. Problematisch daran ist das Wort „aktuell“. Becher betonte, es seien immer Einzelfallprüfungen notwendig, man dürfe die verbreiteten Inhalt nicht unwidersprochen lassen.

Fortsetzung von Seite 1: **1. Mai – ein Kampftag so wichtig wie nie**

die Reaktionäre dieser Republik auf den Plan. Das Streikrecht soll mal wieder eingeschränkt werden. Diesmal mit der Begründung, es gehe doch um die öffentliche Daseinsvorsorge! Komisch, dieses Argument fällt den Herrschenden nur bei Arbeitskämpfen ein. Nicht etwa, als es um die Privatisierung von Kliniken ging.

Der Anlass des 1. Mai war ursprünglich der Kampf um den Acht-Stunden-Tag. 1886 war der Zwölf-Stunden-Tag in den USA üblich. Überall in diesem Land demonstrierten am 1. Mai Tausende von Arbeitern, traten in den Streik und nahmen an Kundgebungen teil. Am Haymarket in Chicago kam es dann am 4. Mai zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei. 200 Arbeiter wurden verletzt und 21 getötet.

Es steht zu befürchten, dass im Zuge des „Demokratiefördergesetzes“ von Innenministerin Faeser (SPD) weitere Einschränkungen demokratischer Rechte kommen werden. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit ist eine bundesweite Kampagne, vor allem seitens der SPD und den Grünen. Viele Menschen halten die beiden Parteien für

tigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei. 200 Arbeiter wurden verletzt und 21 getötet.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer der Haymarket-Unruhen der 1. Mai zum „Kampftag der Arbeiterbewegung“ erklärt. 1890 wurde dieser „Protest- und Gedenktag“ zum erstenmal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen auf der ganzen Welt begangen. Die Entstehungsgeschichte des „Kampftags der Arbeiterklasse“ macht deutlich: **Nur durch den gemeinsamen Kampf der lohnabhängigen Menschen werden Fortschritte erkämpft. Freiwillig geben uns die Bosse**

„links“, wodurch im Moment alle linken Ideen diskreditiert werden. Die Diskussion in diesem Land wird dadurch weiter nach rechts verschoben.

Die DKP meint dazu: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Wehret den Anfängen!

Martina Lennartz

und ihre Politiker nichts ab.

Henning Mächerle



Unikliniken – erfolgreicher Kampf um mehr Geld

Nach Warnstreiks und konsequenter Verhandlungsführung durch die Gewerkschaft *ver.di* konnte der Tarifkampf am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) erfolgreich abgeschlossen werden. Die 7.000 nicht-ärztlichen Beschäftigten erhalten einen Sockelbetrag von 200 Euro monatlich und zusätzlich 5,5% mehr Lohn, dazu kommen verschiedene Zulagen für unterschiedliche Berufsgruppen. Anders als ursprünglich gefordert, geht die **Laufzeit** bis Ende 2025 statt 2024. Die Verhandlungen wurden nicht hinter verschlossenen Türen geführt, sondern wurden von ca. 100 Team-Delegierten begleitet, die über den jeweiligen Stand der Verhandlungen diskutierten und abstimmen.

Vor der letzten Verhandlungsrunde und dem damit verbundenen Warnstreik richtete sich die Ge-

schäftsführung des UKGM mit einem Brief an die Beschäftigten. Darin beklagte sie sich über die hohen Forderungen und die Streikbereitschaft. Mehrere Seiten fragten, wo denn das ganze Geld angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage und der Notwendigkeit zur Verteidigung unserer Freiheit herkommen

Laufzeit beschreibt die Dauer, für die ein abgeschlossener Tarifvertrag gilt. Für diesen Zeitraum gilt die Friedenspflicht. Kürzere Laufzeiten haben für die Lohnabhängigen den Vorteil, regelmäßig um Verbesserungen kämpfen zu können, und somit positive Kampferfahrungen sammeln und Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft erhöhen zu können.

solle. Die fragende Seite besteht wahrscheinlich aus Aktionären, die um ihre Rendite besorgt sind. Beklagt wird auch, dass Kliniken, die nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes bezahlen, oft Zuschüsse aus Steuergeldern erhalten. Die Schreiber vergessen dabei wohl, dass auch das UKGM jährlich mehr als 50 Mio. Euro vom Land Hessen erhält. Die *Rhön AG* als Eigner des Klinikums hat seit der Privatisierung vor fast 20 Jahren schon einige Hundert Millionen Euro Profite abgeschöpft. Steuergelder und eingesparte Löhne landen so in denselben privaten Kassen.

Wenn sie sich um zukünftige Verluste sorgt, kann die *Rhön AG* die Kliniken ja dem Land zurückgeben.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Heizung und Brot für die *armen* Parteien?

100.000 Euro Spende per Verrechnungsscheck brachte der Cheflobbyist der *Deutschen Vermögensberatung AG* persönlich bei der CDU-Zentrale vorbei. Er wurde von CDU-Chef Merz empfangen, um sein „Anliegen“ vorzubringen. Die gleiche Prozedur wie letztes Jahr, enthüllte *abgeordnetenwatch.de*.

Mindestens 7,3 Mio. erhielt 2022 die CDU von Unternehmen, Verbänden und Organisationen und 14 Mio. von Privatpersonen, SPD 1,8 Mio. / 7,4 Mio., AfD 104.000 / 3,9 Mio., Grüne 400.000 / 4,8 Mio. und CSU 1,5 Mio. / 3,2 Mio. Das sind nur offizielle Zahlen. Spenden unter 10.000 Euro werden nicht

aufgeführt.

Das Geld wurde von den Arbeitenden in den Betrieben erwirtschaftet und jetzt wird es für die Privatinteressen der Unternehmer und Aktionäre gegen die Interessen der Beschäftigten missbraucht.



In übergroßer Weisheit hat der Gießener Magistrat nach über zehn Jahren festgestellt, das große Open-Air-Pissoir der Landesgartenschau sei nicht mehr zeitgemäß.

Preisfrage: Wie viele öffentliche Toiletten gibt es jetzt noch in Gießen?

Hinweisgebermeldestellengesetz – ein Papiertiger

Am 2. Juli 2023 trat das bundesweite und *Hessische Hinweisgebermeldestellengesetz* in Kraft. Das HHinMeldG fordert die Einrichtung interner Meldestellen für Gemeinden. In Hessen sind Behörden mit mehr als 50 Beschäftigten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern davon betroffen – also auch das Gießener Rathaus.

Es soll *Whistleblowern*, die „Missstände oder Regelverstöße“ ent- und aufdecken, scheinbaren Schutz garantieren. So weit, so

Gesetz!

Jetzt stellen wir uns mal vor, eine Beschäftigte des Jugendamtes beschwert sich bei der Gießener HinMeldStelle über einen „Maulkorb“, den sie von ihrer Dezernentin bekommen hat. Sie wollte mitteilen, dass es viel zu wenige Mitarbeiter und viel zu viel Überlastung gibt.

Glaubt irgendetwas, die als rachsüchtig bekannte Politikerin fände nicht heraus, wer die Schweinerei aufgedeckt hat? Da sind versteckte Repressalien, von Einträ-

gen in die Personalakte bis hin zur Kündigung nicht ausgeschlossen. Denn der Hinweisgebermeldestellenbürochef ist zufällig ein befreundeter Freund einer Parteifreundin der Dezernentin.

Unser Tipp an Whistleblower: Die Redaktion des Gießener Echos nimmt dankbar, gratis und ohne Nebenwirkungen Hinweise entgegen und verarbeitet sie schonend (*giessen@dkp.de*).

Frauen kämpfen international gegen Krieg und Kapital

Unter diesem Slogan demonstrierten rund 800 Menschen am 8. März durch die Innenstadt. Auf der traditionellen Demonstration zum Frauentag wurde vor allem die „feministische Außenpolitik“ Deutschlands kritisiert. Der laute und starke Demoblock machte klar, dass der 8. März ein erkämpfter, internationaler Frauentag ist.

Der Kampftag gegen wirtschaft-

liche und soziale Diskriminierung von arbeitenden Frauen wird auch heute noch gebraucht, um gegen die patriarchalen Unterdrückungsmechanismen, für gleiche Rechte und für Selbstbestimmung, gleichen Lohn, für Heizung, Brot und Frieden zu kämpfen.

Martina Lennartz



Gießener Mietspiegel – keine Mietbremse

Seit drei Jahren arbeitet ein damit beauftragtes Institut an einem „Qualifizierten Mietspiegel“ für die Stadt Gießen. Am 1. April, nach einer Abstimmung im Stadtparlament, soll dieser in Kraft treten. Die Berechnung des angemessenen Mietpreises ist auch nach diesem Spiegel kompliziert. Eine Rolle spielen unter anderem Ausstattung, Baujahr und Lage. Der Anstieg der Mietpreise wird durch einen solchen Mietspiegel nicht gebremst. Bei Neuvermietungen dürfen die verlangten Mieten um etwa 10% über dem errechneten Wert liegen, viele

Vermieter werden das ausnutzen. Alle vier Jahre wird die angemessene Miete neu berechnet, dann gehen die erhöhten Neumieten ein. Das führt natürlich zu einer Erhöhung der neuen angemessenen Miete – so geht es dann weiter mit immer höheren Wohnkosten.

Gebremst werden könnten diese Steigerungen hingegen, wenn es mehr Wohnungen gäbe, die nicht dem Profitprinzip unterliegen. Ein großer Teil des Wohnungsbestandes müsste gemeinnützig sein. Zurzeit fallen jedes Jahr mehr Wohnungen aus der Sozialbindung

heraus als neu gebaut werden. Die Befristung der Sozialbindung stammt noch aus einer Zeit, in der man meinte, niedrige Einkommen seien ein vorübergehendes Problem. Das war schon immer falsch, sozialen Aufstieg für alle gab es nie. Im Gegenteil: Mit dem staatlich gewollten Entstehen eines riesigen Niedriglohnssektors gibt es immer mehr Menschen, die auf niedrige Mieten angewiesen sind. Wohnen ist ein Menschenrecht. Das muss eine Daueraufgabe für Kommunen, Länder und Bund werden.

Stadtbusse – Gelegenheitskunden unerwünscht

Ab 1. Januar wurden Stadtbusfahrten in Gießen teurer. Ein Einzelfahrschein, auch für Kurzstrecken, kostet jetzt 2,75 Euro. Gleichzeitig wurde für Einzelfahrten die Ermäßigung von etwa 50% für Inhaber des Gießen-Passes abgeschafft. Dafür gab es zwei widersprüchliche Begründungen. Stadtrat Arman, der seine gut bezahlte Stelle der Gießener Linken zu verdanken hat, behauptete, die ermäßigten Einzelfahrten würden nur in geringem Umfang nachgefragt. Tatsächlich gab es täglich ca. 200 solcher Fahrten – 200 Menschen, die jetzt das Doppelte zahlen oder auf die Beförderung verzichten müssen. In ihrem Wahlprogramm hatte die Gießener Linke den Nulltarif für Stadtbusse gefordert.

Die zweite Begründung war, der Einzelverkauf beim Busfahrer beeinträchtigt die Pünktlichkeit der Stadtbusse. Das passt natürlich nicht zu der Aussage, solche Einzelverkäufe seien selten. Die Stadt Gießen will bis 2035 Klimaneutralität erreichen. Dazu wäre eine beträchtliche Verringerung des motorisierten Individualverkehrs nötig. Seit Amtsantritt der jetzigen Koalition aus Grünen, SPD und Gießener Linken (ohne DKP) hat sich praktisch nichts in dieser Hinsicht getan. Die Stadt müsste froh sein über jeden, der für eine Stadtfahrt den Bus

statt das Auto nutzt. Dazu wäre ein attraktiver, preisgünstiger Busverkehr nötig. Vergraulen von Gelegenheitskunden bewirkt das Gegenteil.

Gernot Linhart



Unnötige Überprüfungen

Bezieher von Grundrente oder Grundsicherung werden jährlich darauf überprüft, ob sie noch Anspruch auf diese Leistung haben. Dazu müssen sie ihr Einkommen und Vermögen offenlegen, z. B. für mehrere Monate alle Kontoauszüge einreichen. Diese Prozedur bedeutet sowohl für die Leistungsbezieher als auch für die zuständigen Ämter viel Arbeit. Jeder vierte Euro, der für Grundrente ausgegeben wird, wird für diese Überprüfung verwen-

det. Man könnte auch sagen: verschwendet. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mensch im Rentenalter plötzlich ein deutlich höheres Einkommen oder Vermögen hat, ist sehr gering. Es wird nur wenige Fälle geben, bei denen die Überprüfung zu einer Verringerung oder Streichung der Bezüge führt. Deswegen wäre es naheliegend, auf diese Überprüfung zu verzichten. Eine Pflicht zur Meldung höherer Einkommen oder Vermögen und Stichproben müss-

ten reichen. Das teure Misstrauen des Staates gegenüber seinen Bürgern ist nicht angebracht.

Grundrente beziehen Menschen, die 33 Jahre lang Rentenbeiträge bezahlt haben, aber unterdurchschnittliche Arbeitseinkommen hatten. Grundsicherung beziehen Menschen, deren Rente oder sonstige Einkommen niedriger sind als das Bürgergeld.

Gernot Linhart

Rente zum Wohle des Kapitals

Die Rente in Deutschland steht unter Druck. Sie liegt ohnehin im Moment bei nur noch ca. 48% des Nettolohns. Im Jahr 2000 lag das Rentenniveau noch bei ca. 53%. Die Durchschnittshöhe aller knapp 18,6 Millionen gesetzlichen Altersrenten liegt bei 1.054 Euro netto. Da trotz dieser Absenkung der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung und der Rentenbeitrag steigen, suchen die Politiker mal wieder nach einer „finanzmarktkonformen“ Lösung.

65% des Budgets des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fließen in die Rentenversicherung als Zuschuss. Die Ampelregierung löst jetzt ein Wahlversprechen ein, das sie dem Finanzkapital 2021 mit dem Koalitionsvertrag gegeben hatte. Das Rentenpaket II soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Es enthält folgende Eckpunkte: Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48% bis 2039, die Stiftung „Generationenkapital“ geht an die Börse, Anhebung der Untergrenze der Nachhaltigkeitsrücklage auf 0,3 Monatsausgaben der Rentenversicherung.

Die Stiftung soll einen Kapitalstock von 200 Mrd. Euro besitzen und ab 2036 ca. 10 Mrd. Euro jährlich an die Rentenversicherung zahlen. Der Einstieg in die Finanzmärkte ist dabei natürlich *alternativlos*. Aber selbst der Deutschen Rentenversicherung ist diese Konstruktion – Zocken an den Finanzmärkten – unheimlich. Denn klappt das nicht mit den Finanzmärkten, müssen die Beitragszahler einspringen. Sie fordert, für das „Generationenkapital“ dürften keine Beitragsmittel verwendet werden – weder direkt noch indirekt. Es steht nämlich noch nicht fest, woher die Mittel für das

Stammkapital kommen sollen.

Schon die Riester-Rente war eine Fehlkonstruktion, welche nur das Finanzkapital reicher gemacht hat. Die Stiftung „Generationenkapital“ hat dieselbe Funktion: Umlenkung von Steuern und Beiträgen in die Taschen der Superreichen. Eine Reform im Sinne der Lohnabhängigen wäre die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Zusammenfassung aller gesetzlichen Versicherungen in einer Sozialkasse. In diese müssten alle Erwerbstätigen – auch Beamte und Selbstständige – einzahlen.

Henning Mächerle

Bitte Abogebühren bezahlen!

Da die Druckkosten weiter steigen, benötigen wir bitte dringend **Spenden**, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können (Kontodaten siehe letzte Seite).

Außerdem kann jedes Abo auch als **Online-Abo** abgeschlossen oder in ein solches umgewandelt werden. Dies erspart uns **Portokosten und der Aufwand für den Versand reduziert sich.**

Bitte einfach eine kurze Mail an giessen@dkp.de.

Vielen Dank, das Redaktionskollektiv des Gießener Echos

Vorsicht, der Russe hört mit



gungsausschusses am 12.03.2024 deutlich. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, hielt einen Vortrag über den Einsatz des Taurus-Systems. Der Grund für die Nicht-Lieferung liege nicht in der Reichweite des Systems, sondern in dem Umstand, dass Deutschland seine eigene Verteidigungsfähigkeit einschränken müsste. Breuer weiter: Zwar könne man der Ukraine auch eine abgespeckte Version des Taurus übergeben, ohne die ganze Technik im Hintergrund, dann hätten die Marschflugkörper aber keinen einzigartigen Wert. Sprich: Wenn die Computer in der Ukraine sind, fehlen sie in Deutschland. Falls diese Informationen so zutreffen, zeigt sich einmal mehr, dass Scholz keine „Friedenstaube“ ist. Es sind taktische und strategische Überlegungen, welche die Lieferung verhindern, nicht etwa die Angst vor einer weiteren Eskalation.

Russia Today (RT) hat ein Gespräch von vier hochrangigen Luftwaffenoffizieren über mögliche Einsatzszenarien von Taurus-Marschflugkörpern in der Ukraine veröffentlicht. RT gibt als Quelle für diesen Mitschnitt den russischen Geheimdienst an. Aus Sicht des bundesdeutschen Propagandaapparats und der Bundesregierung ist der Skandal nicht etwa der Inhalt des Gesprächs. Es ist der Umstand, dass „Putins Propagandaapparat“ durch die Veröffentlichung die Meinungsbildung in der Bundesrepu-

blik zu „manipulieren“ und die Gesellschaft zu spalten versuche, so Innenministerin Faeser (SPD). Es soll also von den Inhalten des Gesprächs abgelenkt werden. Die Diskussion soll entpolitisiert und auf technische Aspekte ausgerichtet werden. Allerdings wurden Angriffsszenarien auf die Krim-Brücke und Munitionsdepots auf der Krim diskutiert. Besonders wichtig dabei war die Verschleierung einer direkten Beteiligung der BRD.

Worum es in erster Linie geht, wurde bei der Sitzung des Verteidi-

Henning Mächerle

Leserbrief: Vorbereitung eines Angriffskrieges

Falls ihr noch nicht wusstet wie die Teile eines Kampffjets heißen:



Seit Kanzler Scholz sein „Zögern“ in Sachen Taurus-Lieferung abgelegt und zu einem klaren Nein verfestigt hat, sind die Beißhemmungen bei ungezählten Waffennarren und Hasardeuren in Politik und Medien gefallen. Weiß er um Artikel 26 GG, gemäß dem die „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ (immerhin erreichen die Taurus-Flugkörper von der Ukraine aus die russische Hauptstadt) mit Knast bestraft wird? Ist das Spiel mit dem ultimativen Infer-

no okay, weil man selbst ja „nur“ auf dem Arsch anderer Leute durchs Feuer zu reiten vorhat?! Mit dem Minsk II-Abkommen gab es die Chance auf einen tragfähigen Kompromiss. Sie wurde von der ukrainischen Führung ausgeschlagen. Sie setzte – darin von den USA und GB ermutigt – auf einen Sieg-Frieden. Wie die deutsche Generalität im 1. Weltkrieg. Mein Vater (JG 1922) erlebte gegen Kriegsende als Wehrmachtssoldat im sächsischen

Riesa eine Szene, wo Rotarmisten auf der Suche nach Essbarem in einem Rübenfeld „wie die Hasen abgeknallt wurden“. Geschätzt 3,5 Mio. überlebten die Kriegsgefangenschaft im Land der „Herrenmenschen“ nicht. Diese Erfahrung ist im heutigen Russland noch sehr lebendig. Mein Vater kommentierte die Situation nach dem 8. Mai 1945 so: „Ich

hätte mich nicht gewundert, wenn die (gemeint: die alliierten Siegermächte) uns (Deutsche) alle umgebracht hätten“. Heute besitzt Russland Waffengattungen, die das von Gorbatschow angebotene „gemeinsame Haus Europa“ zur ultimativ verbrannten Erde machen können. Darauf haben der Papst und andere „Weicheier“ hingewiesen.

Klaus Petri



Oxfam-Bericht beweist das Ausmaß der Ungleichheit an Reichtum auf globaler Ebene

Warum ist immer wieder zu wenig Geld für uns da? Warum müssen wir immer wieder bei neuen Tarifrunden auf die Straße gehen?

Das liegt an dem System, in dem wir leben. Es dient nicht uns, den Beschäftigten, in politischen, ökonomischen und sozialen Belangen, sondern in erster Linie den Kapitalbesitzern.

In einem solchen System gibt es für uns nichts umsonst; Beschäftigte zahlen immer die Zeche, außer wir leisten Widerstand. Der neueste Bericht „Inequality Inc.“ der Organisation Oxfam zeigt brillant das skandalöse Ausmaß der Bereicherung: Die fünf reichsten Deutschen steigerten ihr Vermögen seit 2020 um rund drei Viertel (73,85%) von etwa 89 auf

rund 155 Mrd. US-Dollar (siehe: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>).

Beispiele:

- BMW-Erbin Susanne Quandt aus Bad Homburg als reichste Frau Deutschlands mit einem Vermögen von etwa 22,8 Mrd. Euro (Steigerung um 17% seit 2019)
- Rittal (Maschinenbau)-Erbe

Friedhelm Loh aus dem Lahn-Dill-Kreis mit einem Vermögen von etwa 9,7 Mrd. Euro (Steigerung um 20 % seit 2022).

Auch global konnten die Milliardäre ihr Vermögen seit 2020 um 34% steigern. Egal ob Pandemie, Ukraine-Krieg, der Völkermord in Gaza, Rezession oder Inflationsrekord: Im Kapitalismus tragen die Beschäftigten immer die Hauptlast, während eine kapitalbesitzende Minderheit verschont bleibt und ihren Wohlstand stark steigern kann. Für uns heißt: Widerstand leisten, Druck machen, diese soziale Ungerechtigkeit skandalisieren und nicht zuletzt: die Systemfrage stellen.

Martina Lennartz.



Quelle: oxfam.de

Hungern trotz Arbeit

Arm trotz Arbeit. Hieran hat man sich zwanzig Jahre nach der Etablierung eines gigantischen Niedriglohnsektors fast gewöhnt. Doch es geht noch schlimmer. „Hungern trotz Arbeit.“ So war kürzlich ein Beitrag von „Report Mainz“ überschrieben. Das Polit-Magazin skandalisiert damit nicht die Arbeitsbedingungen an den verlängerten Werkbänken westlicher Konzerne im globalen Süden, sondern dokumentiert einen Vorfall in Rheinland-Pfalz.

In Rittersheim erhielten osteuropäische Bauarbeiter beim Ausbau des Glasfasernetzes drei Monate lang keinen Lohn und mussten buchstäblich hungern. Erst nachdem Zoll und Gewerkschaft eingeschaltet wurden, erhielten sie zumindest einen Teil ihres Geldes. „Report Mainz“ hat Dutzende weitere Vorfälle beim Glasfaserausbau dokumentiert. Die Palette

reicht von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Lohnprellerei, über 16-Stunden-Arbeitstage bis hin zu organisierter Kriminalität und Menschenhandel.

Die IG BAU spricht von flächendeckenden strukturellen Problemen in der Glasfaserbranche. Zentrale Ursachen sind – so die Gewerkschaft – das hohe Maß an Scheinselbständigkeit auf Baustellen sowie Intransparenz des weitverbreiteten Sub-Subunternehmer-Systems. Außerdem verweist das *Institut Arbeit und Qualifikation* der Universität Duisburg-Essen darauf, dass viele Bauarbeiter – meist aus Osteuropa – sich in starken Abhängigkeitsverhältnissen befinden und daher nur selten gegen Arbeitsausbeutung vorgehen. Noch schlimmer ist die Situation für Personen aus Drittstaaten, da deren Aufenthaltsrecht an Beschäftigung

gekoppelt ist.

Damit der Ausbau des Glasfasernetzes nicht weiter auf dem Rücken der Bauarbeiter stattfindet, sind strengere Regeln dringend geboten. Ein erster Schritt wäre, nur solche Generalunternehmen und Subunternehmen zu beauftragen, die bei der SOKA-BAU, der Sozialkasse der Bauwirtschaft, angemeldet sind. Darüber hinaus sollten Telekom-Anbieter regelmäßig alle Unternehmen in der Kette kontrollieren müssen, ob diese sich an gesetzliche Vorgaben halten. Auch sollten die milliardenschweren Zuschüsse von Bund, Ländern und Kommunen für den Glasfaserausbau an Sozialstandards gekoppelt sein. Aus Sicht der FDP sind solche Regeln jedoch unnötige „Bürokratie“, die im Interesse des Standorts abgebaut werden muss.

Ulf Immelt

Nie wieder Krieg!

Die Menschheit vergisst zu viel und zu schnell. Als älterer Mensch kennt man noch die Stimmung am Ende des Weltkrieges. Und sollte es uns auch noch so schlecht gehen, nie wieder Krieg! Aber bald verabredete Adenauer geheim mit den Westmächten die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Auf Anfrage des KPD-Abgeordneten Max Reimann im Bundestag leugnete Adenauer seine Wiederbewaffnungsvorstöße. Als dann das Aufstellen von Soldaten begann, stellten sich viele Menschen, darunter viele Sozialdemokraten, dem entgegen: „Ohne mich!“, „Geh du allein!“ (Theodor Heuss). Das „Wirtschaftswunder“ erleichterte es jedoch vielen Adenauers Märchen von den Russen, die ihre Pferde im Rhein tränken wollten, für bare Münze zu nehmen. Immerhin, als Anfang der Achtzigerjahre Atomraketen in Mitteleuropa stationiert werden sollten, kamen dagegen eine halbe Million Menschen im Bonner Hofgarten zusammen.

Heute stellt die NATO Raketen in Polen und Rumänien auf. Uns wird erzählt, Russland stünde im Begriff, uns zu überfallen. Nicht



Russland ist an die Grenzen der NATO-Länder gerückt, sondern die NATO ist auf voller Länge an Russlands Grenzen herangerückt. Und das, obwohl zur Vereinigung Deutschlands versprochen worden war, sie werde sich „keinen Zentimeter“ Russlands Grenzen nähern. Schließlich wollte Russland erreichen, dass wenigstens an seiner Südgrenze die Ukraine sich für neutral erklärte und somit keine NATO-Waffen bei sich installierte. Nebenbei: Man entsinne sich, Österreich erwirkte durch seine Neutralitäts-

erklärung den Abzug sowjetischer Besatzungstruppen. Deutschland waren 1952 und 1954 ähnliche Angebote zur Wiedervereinigung gemacht worden, die Adenauer aber bestenfalls als störend empfand. Für die Ukraine war vor Kriegsbeginn nach sechswöchigen Verhandlungen in Istanbul ein Abkommen erreicht, dessen Annahme die USA und Großbritannien verhinderten. Das bestätigt sogar General Kujat, einstiger NATO-Generalstabschef. Natürlich wird er in den Medien nicht mehr erwähnt. So beteiligen „wir“ uns an diesem Krieg durch Lieferung immer tödlicherer Waffen und Ausbildung von Kämpfern. Kriegsziel ist es nach den Worten der Außenministerin, „Russland zu ruinieren“. Schritt für Schritt taumeln wir aus Dummheit und Aggressivität in den atomaren dritten Weltkrieg.

Aufgrund der Ermordung von sechs Millionen Juden durch das Naziregime ist die Unterstützung des Staates Israel bei uns Staatsräson. Deutsche faschistische Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg 28 Millionen Russen umgebracht.

Klaus Mewes



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Mo. 1.4. um 9 Uhr:

Treffen am Bahnhof Gießen zur Fahrt zum Ostermarsch in Frankfurt

Di. 9.4. um 18 Uhr:

Lesekreis bei Henning

Mi. 17.4. um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zi., Kongresshalle

Mi. 17.4.:

Redaktionsschluss Mai-Echo

Do. 18.4. um 18 Uhr:

Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

Do. 25.4. um 19 Uhr:

„Ukraine“, Rainer Lauterbach, Kongresshalle

Fr. 26.4. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Di. 30.4. ab 19 Uhr:

Vormai-Feier – Kongresshalle

Mi. 1.5. ab 11 Uhr:

1. Mai-Demonstration und Abschlusskundgebung ab 12:30 Uhr Kirchenplatz

Sa. 4.5. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Sa. 24.8.:

UZ-Friedensfest in Berlin

Sa. 31.8. ab 15 Uhr:

Sommerfest der DKP Gießen

Friedensfähig statt kriegstüchtig



Kommt zum Ostermarsch!

Karsamstag, 30. März 2024
11 bis 13 Uhr Katharinengasse
(Hiroshimaplatz) Gießen

Ostermontag, 1. April 2024

Treffen um 9 Uhr am Gießener Bahnhof zur gemeinsamen Fahrt nach Frankfurt

Veranstalter: DGB Kreisverband Gießen und Friedensnetzwerk Gießen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichtete das Echo über drastische Rückgänge der in Gießen angebotenen Lehrstellen. Für männliche Schulabgänger gab es 25% weniger Ausbildungsplätze, für weibliche sogar 60%. Nur wenige Jugendliche konnten ihren Wunschberuf lernen, die anderen mussten in Ausbildungsberufe mit schlechten Zukunftschancen wechseln.



Vor **40 Jahren** demonstrierten hunderte Metaller für die 35-Stunden-Woche. In Sternmärschen kamen sie aus ihren Betrieben zum City-Center, wo der damalige stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler eine Rede hielt. Wie notwendig Arbeitszeitverkürzung war, sah man daran, dass es zu dieser Zeit in fast allen Gießener Metallbetrieben Kurzarbeit oder Massenentlassungen gab.



Vor **30 Jahren** stellte sich heraus, dass in fast allen von der *US-Army* verlassenen Liegenschaften vergiftete Böden zurückgelassen wurden waren. Die *Army* interessierte sich nicht für Umweltgesetze, sie lagerte Müll einschließlich Öl, Gifte und verschiedene

Schadstoffe einfach irgendwo ab. Aus dem Erdreich entwichen brennbare Gase, die Giftstoffe sickerten ins Grundwasser.



Schon vor **20 Jahren** machte sich die jetzt weit fortgeschrittene Militarisierung bemerkbar. Die Bundeswehr wurde zu Auslandseinsätzen geschickt und „verteidigte“ die „Freiheit“ Deutschlands am Hindukusch. Die Zivilgesellschaft machte mit. Mitglieder einer Tanzgruppe spielten auf einer Bühne „U2 auf Schleichfahrt“, in Armee-Uniformen und mit der Knarre in der Hand.



Vor **10 Jahren** stand die Eröffnung der Landesgartenschau bevor. Die Bürgerinitiative gegen die Blümchenschau machte auf die damit verbundenen Umweltsünden aufmerksam: Baumfällungen, Ausdünnung des Bewuchses am Schwanenteich, Vernichtung des Brutraums von Wasservögeln, rücksichtsloser Umgang mit der natürlichen Flora und Fauna, Verwendung von Torf für Anpflanzungen und vieles andere. Die BI riet vom Besuch der Schau ab.

Wir gratulieren herzlichst unserem Freund und Genossen



Gernot Linhart

* 24.3.1944

zum **80. Geburtstag**



Gernot läuft und läuft und läuft..., macht bei jedem Frühjahrslauf das Führungsfahrrad und dirigiert die LäuferInnen in die richtige Richtung, schreibt und schreibt und schreibt in die richtige Richtung und wartet dann auf ein Echo, liebte oder liebt Georg Kreisler, kennt in Gießen alle geheimen Fahrradwege, liebt die schweigsame Stille und bringt sie zuverlässig auf den Punkt, wie seine Gießener-Echo-Artikel.

Alles Gute, Gesundheit und Kraft für den Friedenskampf, für deine Aktivitäten in der Parteigruppe und dein Engagement in der Friedensbewegung und wann immer du gebraucht wirst.

Deine Genossinnen und Genossen der DKP Gießen

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:
Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de